

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0149/2020/BV

Datum:
23.03.2020

Federführung:
Dezernat I, Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft

Beteiligung:

Betreff:

**Heidelberger Wirtschaftsoffensive zur Sicherung des
Wirtschaftsstandortes Heidelberg im Zeichen der
"Corona-Pandemie"**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 13. Mai 2020

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Gemeinderat	26.03.2020	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Gemeinderat nimmt den kommunalen Handlungsrahmen zur Kenntnis und beschließt die „Heidelberger Wirtschaftsoffensive“ zur Unterstützung der Heidelberger Wirtschaft und als Bekundung der Solidarität zwischen der Stadt Heidelberg und den ansässigen Betrieben, Unternehmen und Beschäftigten.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
• keine	
Folgekosten:	
• keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Den negativen Auswirkungen der „Corona-Pandemie“ auf die Heidelberger Wirtschaft soll durch konkrete kurz- und langfristige Maßnahmen aktiv entgegengewirkt werden.

Sitzung des Gemeinderates vom 26.03.2020

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 26.03.2020:

5 **Heidelberger Wirtschaftsoffensive zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Heidelberg im Zeichen der "Corona-Pandemie"** Beschlussvorlage 0149/2020/BV

Als Tischvorlagen (siehe Anlage 01 – 03 und 05 zur Beschlussvorlage 0149/2020/BV) werden **Anträge** folgender Fraktionen verteilt:

Anlage 01 – Die Heidelberger:

Auch Vereine werden in der Coronakrise finanzielle Einbußen haben. Sie werden bei den bisherigen Programmen nicht berücksichtigt.

Die Stadtverwaltung wird gebeten zu prüfen, ob Vereine ebenfalls als Betroffene gelten.

Anlage 02 – Bündnis 90/Die Grünen:

Um den betroffenen Akteur*innen in der derzeitigen Krise aufgrund der Corona-Pandemie bestmöglich zu helfen, fordern wir die Stadtverwaltung auf, folgende Maßnahmen ergänzend zum Entwurf "Heidelberger Wirtschaftsoffensive" umzusetzen:

Vor allem für die Zielgruppe der Solo-Selbstständigen, Freiberufler*innen, kleinen und mittleren Unternehmen aller betroffenen Branchen (KMU), Existenzgründer*innen, Gastronomie, (inhabergeführte) Hotellerie und (inhabergeführten) Einzelhandel soll die Stadt Heidelberg:

- Infoangebote, wie eine Telefonhotline und ein aktuelles FAQ der Wirtschaftsförderung erstellen
- Beratung für die Bundes- und Landesförderungen und aktuellen Programmen anbieten
- Beratung und Information zu Möglichkeiten der Steuerstundung zur Verfügung stellen
- Stundung von Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Stadt Heidelberg und städtischen Unternehmen ermöglichen
- das bestehende Förderprogramm Kultur- und Kreativwirtschaft fortsetzen und zur Unterstützung von durch die Corona-Krise bedingten neuen Geschäftsmodellen, Produkten und Dienstleistungen für Kultur- und Kreativschaffende einsetzen
- bei Neubeauftragungen im laufenden Haushaltsjahr lokale Dienstleister*innen und Unternehmen bevorzugen
- einen städtischen Unterstützungsfonds einrichten, der Berufsgruppen oder individuellen Fälle, die nicht von Landes- oder Bundesmitteln unterstützt werden, aber von der Allgemeinverfügung der Stadt Heidelberg betroffen sind, unbürokratisch Liquiditätshilfen zur Verfügung stellt.

Die Heidelberger Wirtschaftsoffensive, insbesondere die ergänzenden Maßnahmen für Solo-Selbständige, Freiberufler*innen, KMU und Existenzgründer*innen, sollen ämterübergreifend in enger Kooperation mit anderen beteiligten Fachämtern und der Stabsstelle Kultur- und Kreativwirtschaft bearbeitet und umgesetzt werden.

Weiterhin soll die Stadtverwaltung den Heidelberger Familien die Kosten der Kinderbetreuung zurückerstatten und auch Trägern, die die städtischen Gebührenstrukturen übernommen haben, diese Möglichkeiten bieten. Die freien Träger sollen außerdem finanziell dahingehend ausgestattet werden, dass sie eine „Notbetreuung“ für systemrelevante Berufe anbieten können.

In die Heidelberger Wirtschaftsoffensive sollen darüber hinaus auch Kulturveranstalter*innen und Live-Musik-Spielstätten einbezogen werden. Die Stadtverwaltung soll deshalb:

- feste Ansprechpartner*in bei der Stadt für Soforthilfen und finanzielle Probleme benennen
- Umwidmung von Zuschüssen für Projekte/Projektförderungen in Kostendeckung für laufende Kosten (Miete, Versicherungen, Personal) ermöglichen
- Mietersatz / Verzicht auf Miete für alle Kulturveranstalter*innen und Spielstätten in städtischen Liegenschaften erlassen, wenn wirtschaftlich erforderlich
- offene Forderungen gegenüber der Stadt erlassen
- Vorauszahlungen an die Stadt Heidelberg aussetzen
- Beratung über staatliche Unterstützung von Künstlern und Solo-Selbständigen im Kulturbereich anbieten
- Projektgelder vorerst nicht zurückfordern
- städtische Zuschüsse für diverse Organisationen und institutionell Geförderte bei Bedarf unverändert in gleicher (oder höherer) Höhe überweisen, auch wenn sie wegen der Corona-Pandemie derzeit kein Angebot zur Verfügung stellen.

Anlage 03 – CDU-Fraktion:

Zahlreiche Betriebe sind von der Corona-Pandemie betroffen und geraten immer mehr in wirtschaftliche Not. Um den betroffenen Betrieben bestmöglich zu helfen, beantragen wir, folgende Maßnahmen ergänzend zum Entwurf „Heidelberger Wirtschaftsoffensive“ aufzunehmen:

1. Bundes- und Landesregierungen haben bereits Eckpunkte für Soforthilfen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) formuliert.
 - a. Sozialbeiträge können ausgesetzt werden
 - b. Nicht rückzahlbare Sofortzuschüsse sind beantragbar
 - c. KfW Sonderprogramm stellt Bürgschaften für Tilgungstreckungen und Sofortkredite
 - d. Erleichterte Beantragung von Kurzarbeitergeld

e. Kreditermächtigungen im Rahmen der Vergabe von Infrastrukturmaßnahmen

f. Grundsicherung für Selbständige und Kleinunternehmer

g. Steuerstundungen

h. Arbeitsrechtliche Erleichterungen

2. Wir beantragen, dass im Rahmen der Corona-Krise die Stadtverwaltung gemeinsam mit den anderen staatlichen Stellen einen Handlungsleitfaden für betroffene Betriebe herausgibt. Der Leitfaden soll auf der Homepage der Stadt veröffentlicht werden und auch aktualisiert werden, damit auf kurzfristige Änderungen reagiert werden kann.

3. Der Handlungsleitfaden soll Abläufe und Fristen dokumentieren, damit betroffene Betriebe reagieren können.

4. Es kann momentan nicht vorhergesehen werden, welche Betriebe besonders betroffen sein werden, und man kann einzelne Branchen nicht pauschal priorisieren oder ausnehmen. Es soll daher eine Art „Kummerkasten“ auf der Homepage eingerichtet werden, damit frühzeitig erkannt werden kann, wo Defizite herrschen und wo Betroffene durchs Raster fallen.

5. Die Stadtwerke Heidelberg sollen mit einem Notfall-Fonds ausgestattet werden oder mit einer städtischen Bürgschaft, um Betrieben bei der Stundung von Rechnungen entgegen kommen zu können.

6. Die Stadt Heidelberg soll prüfen, ob eine stärkere Personalgestellung an die Bundesagentur für Arbeit möglich ist, um die Flut der Anträge auf Kurzarbeit bewältigen zu können.

7. Die Stadt Heidelberg muss besonders in Krisenzeiten darauf bedacht sein, die ortsansässigen Betriebe zu stützen. Daher beantragen wir eine Veränderung der Vergaberichtlinien dahingehend, dass Richtlinien eingeführt werden, die regionale Betriebe in der Vergabe priorisieren. Dort, wo derzeit noch rechtliche Bedenken bestehen, soll die Stadt bei Bund und Land entsprechende Ausnahmen beantragen bzw. auf einen entsprechenden Erlass durch die zuständigen Regierungsstellen hinwirken.

Anlage 05 –SPD-Fraktion:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene „Task Force Mittelstandsoffensive“ soll zu einer „Task Force Wirtschaft“ erweitert werden.

Hierfür soll das bestehende Netzwerk Mittelstandsoffensive um alle relevanten Bereiche, die den Wirtschaftsstandort Heidelberg ausmachen, erweitert werden.

Hier sind unter anderem mit einzubeziehen: Pflegeunternehmen, Sozialverbände, Vertretungen aus den Kultureinrichtungen und der Kreativwirtschaft.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Eckert, Stadtrat Dr. Gradel, Stadträtin Heldner, Stadträtin Geugjes, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Mirow, Stadtrat Breer, Stadträtin Illgner, Stadtrat Kutsch, Stadtrat Zieger, Stadträtin Dr. Röper, Stadtrat Föhr

Im Verlauf des Meinungsaustauschs werden unter anderem folgende Punkte angesprochen:

- Kritisch sei die Situation für die Heidelberger Hotellerie und Gaststätten. Unter anderem stünde die Zahlung für die Außenbestuhlung an. Solche und andere Beträge sollten bis zum Herbst gestundet werden. Bis dahin könne abgesehen werden, ob und bis wann solche Zahlungen überhaupt anfallen.
- Ein Lob an die Wirtschaftsförderung und an den Oberbürgermeister, dass von deren Seite eine solche Offensive gestartet und ungewöhnliche Wege beschritten werden.
- Bewusst habe man verzichtet, einzelne Branchen und Segmente im Antrag herauszustellen. Noch wisse man nicht, inwiefern bestimmte Betriebe betroffen seien oder nicht. Frage sei, wie mit den gestellten Anträgen umgegangen werde. Werden diese von der Verwaltung übernommen?
- Wichtig sei, dass die Stadt Handlungsanleitungen über die Homepage oder andere geeignete elektronische Medien zur Verfügung stelle.
- Auch die Vereine haben große Schwierigkeiten, weshalb versucht werden sollte, analog zu den Betrieben, Lösungen zu finden, wie zum Beispiel Zahlungen zu stunden. Nach der Krise werden die Vereine wichtig sein, damit das öffentliche Leben wieder stattfinden könne.
- Der Antrag der Grünen-Fraktion solle als Ergänzung zu den bereits sehr guten Vorschlägen der Verwaltung betrachtet werden. Besonders wichtig sei, dass Hilfe schnell komme und aktiv kommuniziert werde (Hotline und FAQ). Ferner sollte nicht nur die Wirtschaftsförderung eingebunden werden, sondern auch die Kreativwirtschaft.
- Wichtigste Aufgabe sei, dass die Betriebe schnell in den Genuss der Soforthilfe kommen. Aufgabe der Kommune sei es nun, das Antragsverfahren so gut und schnell wie möglich zu begleiten.
- Die Übernahme der Unterkunftskosten für SGB II und XII-Empfänger seien für die Kommune relativ gering. Jedoch stelle sich die Frage, wie schnell dieses Verfahren umgesetzt werden könne.
- Wie geht die Stadtverwaltung mit stornierten Aufträgen an Caterer um?
- Kann die Stadt mit einem Bürgerfonds unterstützen, wie schon vor Jahren beim Theater? Vieles laufe im privaten Bereich über Spenden.
- Bund und Land seien als erstes gefordert, bevor der städtische Haushalt belastet werde.

Stadtrat Eckert stellt den **Antrag**:

Stundung der Gebühren (zum Beispiel für die Außenbestuhlung) für Hotellerie und Gaststätten.
--

Stadträtin Geugjes stellt den **Geschäftsordnungsantrag**:

Redezeitbeschränkung von eineinhalb Minuten

Man sei davon ausgegangen, dass der Gemeinderat so kurz wie möglich tagen solle. Redebeiträge haben selten mehr Wert, wenn sie darüber hinaus gehen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner werde diesem Wunsch nachkommen und darüberhinausgehende Redebeiträge beanstanden.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz meldet sich zur **Geschäftsordnung** und schlägt vor,

Die Verwaltung nimmt alle gestellten Anträge auf und legt diese gebündelt (mit den daraus entstehenden Folgen für die Verwaltung) zu einem späteren Zeitpunkt dem Haupt- und Finanzausschuss vor.

Stadtrat Dr. Gradel stellt den **Geschäftsordnungsantrag:**

Schluss der Rednerliste

Die verbleibenden Wortmeldungen und Antragsbegründungen sollen noch abgearbeitet werden.

Der Antrag wird in ausreichender Anzahl unterstützt und angenommen.

Die verbleibenden Wortmeldungen von Stadträtin Mirow, Stadtrat Breer, Stadträtin Illgner, Stadtrat Kutsch, Stadtrat Zieger, Stadträtin Dr. Röper und Stadtrat Föhr werden nacheinander aufgerufen.

Stadträtin Mirow stellt den **Antrag:**

Heidelberg Pass und Heidelberg Pass +-Inhaber werden von den Vereinsgebühren befreit und Zuschüsse von Leistungsbezieher für Kosten der Unterkunft werden ebenfalls ausgesetzt. Die, finanziell am stärksten von der Krise betroffene, Personengruppe, könne hiermit unterstützt werden.

Bürgermeister Heiß unterstreicht, die eigene finanzielle Handlungsfähigkeit dürfe nicht durch ad hoc Maßnahmen gefährdet werden. Grundsätzlich sei es jedoch Ziel der Sofortmaßnahmen, dass niemand durch die Auswirkungen der Corona-Krise, zusätzlich durch Forderungen der Stadt in seiner Liquiditätsausstattung, stark belastet werde. Deshalb würden alle städtischen Forderungen bis Ende Juli 2020 zinslos gestundet werden, sofern ein entsprechender Antrag gestellt werde. Jedem stehe dies zu: Vereinen, Institution, Firmen und auch Privatleute, die in einem Mietverhältnis zur Stadt stehen und nicht in der Lage seien, die Forderung zu begleichen. Es gehe also nicht nur um Gewerbe- und Grundsteuer et cetera, sondern auch um alle privatrechtlichen Forderungen. Dies könne der städtische Haushalt verkraften. Es werde geprüft, ob jemand durch die Bundes- beziehungsweise Landesförderung falle.

Ferner müsse auch keine Gebühr für die Außenbestuhlung entrichtet werden, wenn diese nicht stattfinden könne. Der Vorschlag von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz sei vernünftig, dass die Verwaltung die Anträge bewertet. Dort wo es gesetzliche Rahmenvorgaben jedoch gebe, sei die Verwaltung verpflichtet, diese einzuhalten. Ein Gemeinderatsbeschluss könne dies nicht umgehen.

Bezüglich des Linken-Antrages zur Kosten der Unterkunft erläutert Bürgermeister Erichson, dass die Bundesagentur für Arbeit für sechs Monate sämtliche Bedarfsprüfungen ausgesetzt habe. Im Augenblick würden die Mieten in voller Höhe gezahlt – auch bei den Bestandsmieten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner sichert zu, die Anträge zur Prüfung an die Verwaltung zu geben, wie von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz beantragt. Über das Ergebnis der Prüfung werde über ein Umlaufverfahren informiert. Den von der Grünen-Fraktion genannte Unterstützungs-Fonds sehe er kritisch. Ansonsten verweise er auf die Unterstützung der Betriebe durch das Amt für Wirtschaftsförderung.

Mit der Zusage, die Anträge zu prüfen und über das Ergebnis im Umlaufverfahren zu informieren, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner die **Beschlussempfehlung mit dem ergänzten Arbeitsauftrag** zur Abstimmung (Ergänzung fett dargestellt):

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat nimmt den kommunalen Handlungsrahmen zur Kenntnis und beschließt die „Heidelberger Wirtschaftsoffensive“ zur Unterstützung der Heidelberger Wirtschaft und als Bekundung der Solidarität zwischen der Stadt Heidelberg und den ansässigen Betrieben, Unternehmen und Beschäftigten.

Es ergeht folgender Arbeitsauftrag:

Die eingegangenen Anträge werden von der Verwaltung geprüft; über das Ergebnis wird der Haupt- und Finanzausschuss informiert.

gez.
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: einstimmig beschlossen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Begründung:

Im Folgenden werden die Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftssituation auf den Standort Heidelberg angeführt und analysiert, um kurz-, mittel- und langfristige Handlungsmaßnahmen zur Sicherung der lokalen Wirtschaft und der Arbeitsplätze aufzustellen.

Einordnung der Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf den Wirtschaftsstandort Heidelberg

- Der Wirtschaftsstandort umfasst 8.077 Betriebe und Niederlassungen mit 93.300 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, beziehungsweise 120.400 Erwerbstätigen (Berichtsjahr 2018, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg).
- Es handelt sich um eine GLOBALE Krise unvergleichbaren Ausmaßes, deren Dauer und Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Kommunen können den Auswirkungen nur in Kooperation und mit Unterstützung des Bundes und der Länder entgegenwirken.
- Alle Branchen sind direkt oder indirekt und nachhaltig betroffen. Es gibt nur sehr vereinzelte Wirtschaftszweige, die in dieser Krisensituation erhöhte Nachfrage oder Umsatzzuwächse verzeichnen.
- Kleine und mittelständische Betriebe sowie Selbständige sind von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie besonders hart getroffen. Sie verfügen in der Regel über wenige Rücklagen und nur eingeschränkten Zugang zu Krediten. Sowohl die Bundesregierung als auch das Land Baden-Württemberg bieten entsprechende Hilfeprogramme an.
- Die Stadt Heidelberg begegnet der Krisensituation mit der „Heidelberger Wirtschaftsoffensive“.

HEIDELBERGER WIRTSCHAFTSOFFENSIVE

Solidarität

Die Stadt Heidelberg erkennt die schwierige Situation der Betriebe und Unternehmen. Die Stadt bekennt sich zum Solidaritäts- und Gleichstellungsprinzip, um allen Betrieben und Arbeitnehmern in dieser Ausnahmesituation gerecht zu werden.

Direkte finanzielle Unterstützung für Heidelberger Betriebe

Heidelberger Unternehmen und Betriebe werden nicht im Stich gelassen. Akute Umsatzeinbußen und deren Folgen werden durch die Hilfspakete und Förderinstrumente von Landes- beziehungsweise Bundesebene aufgefangen oder abgemildert. Betriebe können aktuell insbesondere auf Kurzarbeitergeld und Liquiditätshilfen in Form von Krediten, Bürgschaften und Darlehen zurückgreifen. Allein Baden-Württemberg stellt 1,2 Milliarden Euro aus Rücklagen sowie weitere fünf Milliarden Euro aus Krediten zur Verfügung um, „die Pandemie zu bekämpfen und Unternehmen, Selbständige und sonstigen Betroffenen zu helfen“.

Für Kleinunternehmer und Selbständige haben sowohl der Bund als auch das Land spezielle Programme angekündigt. In der Stadt Heidelberg gibt es knapp 6600 Solo-Selbstständige und Betriebe mit bis zu neun Beschäftigten sowie etwa 670 Betriebe mit 10 bis 50 Beschäftigten (Berichtsjahr 2018, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg). Diese Zielgruppen sollen gezielt von einem speziellen Härtefallfond des Landes Baden-Württemberg mit Zahlungen zwischen 5000 und 15.000 Euro kurzfristig und unbürokratisch unterstützt werden. Sollten alle Heidelberger Kleinbetriebe diese Hilfe in Anspruch nehmen, belaufen sich diese Zahlungen auf etwa 43 Millionen Euro. Angesichts dieser erwarteten starken Soforthilfe des Landes werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine zusätzlichen kommunalen Finanzmittel für direkte Unterstützungsleistungen für Heidelberger Unternehmen und Betrieben zur Verfügung gestellt. Um auch langfristig die Auswirkungen der Krise effektiv steuern zu können, muss die Stadt Heidelberg bei sinkenden Einnahmen die Haushaltsmittel strategisch einsetzen, finanziell handlungsfähig bleiben und ergänzende Wege finden um die Heidelberger Wirtschaft zu unterstützen.

Finanzielle Entlastung Heidelberger Betriebe

Alle direkten Forderungen der Stadt Heidelberg an Betriebe werden bis zum 31. Juli 2020 zinslos gestundet. Das gilt zum Beispiel für Gebühren, Gewerbesteuer, Grundsteuer, Mieten.

Auf diese Weise können Liquiditätsengpässe der Unternehmen und Betriebe verhindert oder abgemildert werden.

Gegenüber privaten Immobilienbesitzern, Lieferanten und anderen Vertragspartnern setzte die Stadt damit ein Zeichen und Appell, sich - wenn möglich – dieser Wirtschaftsoffensive anzuschließen.

Kommunikation und Lotsenfunktion

Das Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft unterstützt die Heidelberger Unternehmen und Betriebe durch ihre wichtige Lotsenfunktion. Das Amt übernimmt die kontinuierliche Kommunikation und stellt damit die Informationsvermittlung über wichtige Hilfsprogramme und neue Richtlinien und Verordnungen sicher. Es ist wichtiger Ansprechpartner der Betriebe in dieser Krisensituation. Das Amt koordiniert die Ansprache der Betriebe und unterstützt bei einer möglichst schnellen und unbürokratischen Antragsstellung und anschließenden Ausschüttung von Finanzmitteln.

Alleine zwischen dem 16.03.2020 und dem 19.03.2020 konnten mehreren Hundert Betriebe telefonisch oder schriftlich durch die Stadt Heidelberg und die Mittelstandsoffensive unterstützt und beraten werden.

Task Force Mittelstandsoffensive

Die Mittelstandsoffensive wird vom Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft gezielt als strategisches Kriseninstrument eingesetzt. Die Offensive wurde 2009 vom Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft gegründet, um Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu unterstützen. Das Netzwerk ermöglicht einen schnellen, direkten und fundierten Austausch der Experten um in dieser Situation agil und koordiniert agieren und reagieren zu können.

Der Austausch und die enge Abstimmung mit Nachbarkommunen und –kreisen ist ebenfalls Teil der Strategie zu weiteren Handlungsmaßnahmen.

Die Stadt Heidelberg dankt den Partnern ausdrücklich für deren großes Engagement und unmittelbaren, pragmatischen Einsatz sowie die konstruktive und effektive Zusammenarbeit.

Die Mittelstandsoffensive setzte sich bisher aus folgenden Partnern zusammen:

- Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar
- Agentur für Arbeit Heidelberg
- Handwerkskammer Mannheim Rhein-Neckar Odenwald
- Heidelberger Unternehmerinnen e.V.
- Kreishandwerkerschaft Rhein-Neckar
- Steuerberaterkammer Nordbaden
- Sparkasse Heidelberg
- Volksbank Kurpfalz eG
- Heidelberger Volksbank eG

Erweitert wurde das Netzwerk durch:

- Hotel- und Gaststättenverband Geschäftsstelle Heidelberg
- Heidelberg Marketing e.V.
- Handelsverband Nordbaden e.V.

Kurzfristige agile Unterstützung der Betriebe

Die Stadt Heidelberg wird, sofern es die rechtlichen Vorgaben erlauben, in dieser Krisensituation im Einzelfall flexibel und unbürokratisch handeln und entscheiden. In Bezug auf weitere geplante finanzielle Unterstützungsangebote der Stadt verweisen wird auf die Vorlage der Kämmerei verwiesen.

Das Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft sowie der Citymarketingverein Pro Heidelberg e.V. unterstützen die bereits durch Händler lancierte Offensive zur Etablierung eines lokalen Liefer- und Logistiksystems für örtliche Einzelhändler. Dieser Onlinehandel soll einem kompletten Umsatzausfall von ansässigen Einzelhändlern entgegenwirken. Die Organisation und Umsetzung dieser Maßnahmen wird durch Mitarbeiter und Projektmittel des Amtes für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft unterstützt. Die Nachfrage der Heidelberger Bürger ist bereits vorhanden.

Für Einzelhändler und Gastronomen, die noch keinen Onlineshop oder Versandservice haben und über keine Onlinepräsenz verfügen, soll ein Beratungs- und Coaching Angebot zusammengestellt werden um digitale Absatzwege aufzubauen.

Die Stadt Heidelberg wird auch weiterhin sinnvolle Initiativen und Projekte der Unternehmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Pandemie-Auswirkungen unterstützen. Diese Maßnahmen würden kurzfristig durch Umschichtungen im aktuellen Haushalt ermöglicht.

Langfristige Belebung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes Heidelberg

Schon jetzt plant die Stadt Heidelberg Maßnahmen zur strategischen Belebung des Wirtschaftsstandortes Heidelberg für die Zeit nach der akuten Pandemie. Diese Maßnahmen werden in Koordination und Kooperation mit der Task Force Mittelstandoffensive als auch den einzelnen Interessenvertretern und Organisationen ausgearbeitet.

Das Ausmaß der Wirtschaftskrise ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht absehbar. Klar ist jedoch, dass die Krise jetzt schon derart einschneidende Einbußen für die Unternehmen und den Arbeitsmarkt hat, dass eine strategische Belebung über einen längeren Zeitraum vonnöten sein wird.

Die Stadtverwaltung wird hierzu im Rahmen der Heidelberger Wirtschaftsoffensive ein Kompetenzpapier Wirtschaft entwickeln. Darin werden sowohl Maßnahmen aufgegriffen, die unmittelbar an der Krise ansetzen und die einzelnen Wirtschaftszweige berücksichtigen als auch strukturelle Maßnahmen für die Interessen der Wirtschaft aufgreifen. Die Krise durch das Corona-Virus ist derart einschneidend, dass künftig den Belangen der Wirtschaft eine gewisse Priorität eingeräumt werden muss, um den Wirtschaftsstandort Heidelberg nachhaltig wieder zu stärken und zu sichern. Eine starke Wirtschaft nimmt einen sehr bedeutenden Stellenwert ein zum Wohl der gesamten Stadtgesellschaft.

Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Eine Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen ist zum jetzigen Verfahrensstand nicht erforderlich.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
AB 1	+	Vollbeschäftigung anstreben, Standort sichern, stabile wirtschaftliche Entwicklung fördern Begründung: Durch die Maßnahmen werden Arbeitsplätze gesichert. Ziel/e:
AB 2	+	Langfristig breites, sozial und ökologisch sinnvolles Arbeitsplatzangebot mit verstärkten regionalen Warenstrom Begründung: Der Fokus der Maßnahmen liegt auf der Förderung lokaler wirtschaftlicher Verflechtungen und branchenübergreifender Unterstützungsangebote Ziel/e:
AB 4	+	Stärkung von Mittelstand und Handwerk Begründung: Die angesprochenen Maßnahmen und die „Wirtschaftsoffensive“ unterstützen explizit den lokalen Mittelstand und das Handwerk.

- AB 5 + **Ziel/e:**
Erhalt der Einzelhandelsstruktur
Begründung:
Die angesprochenen Maßnahmen und die „Wirtschaftsoffensive“ unterstützen explizit den lokalen Einzelhandel.
- AB 6 + **Ziel/e:**
Produktionsstätten erhalten
Begründung:
Die angesprochenen Maßnahmen und die „Wirtschaftsoffensive“ unterstützen explizit den lokalen Produktionsunternehmen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Sachantrag der Fraktion Die Heidelberger vom 24.03.2020
02	Sachantrag der Grüne-Fraktion vom 26.03.2020 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates am 26.03.2020)
03	Sachantrag der CDU-Fraktion vom 26.03.2020 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates am 26.03.2020)
04	Ergänzende Informationen zur Vorlage vom 26.03.2020 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates am 26.03.2020)
05	Sachantrag der SPD Fraktion vom 26.03.2020 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates am 26.03.2020)